

N i e d e r s c h r i f t N r. 12

HFA/012/2006

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 17. Januar 2006**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als:

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	
Herr Horst Dewenter	CDU	
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	
Frau Marianne Helmes	CDU	
Herr Alfred Holtel	FDP	
Herr Christian Kaisel	CDU	
Frau Monika Lulay	CDU	anwesend ab 17:20 Uhr (TOP 6)
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Josef Niehues	CDU	
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Jürgen Roscher	SPD	
Herr Günter Thum	SPD	
Herr Anton van Wanrooy	CDU	

Vertreter:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt
Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Udo Mollen	SPD	Vertretung für Herrn Falk Toczkowski

Frau Annette Tombült	CDU	Vertretung für Herrn Josef Wilp
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Vertretung für Frau Monika Lulay

anwesend bis 17:20 Uhr (TOP 5)

von Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Dr. Heinz Janning	Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter Interner Service
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten als

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Frau Ellen Knoop	SPD
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Falk Toczowski	SPD
Herr Josef Wilp	CDU

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann	fraktionslos
----------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tonbandfundstelle: I/A/0200

1. Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung am 22. November 2005

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

Tonbandfundstelle: I/A/0235

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung der am 22. November 2005 gefassten Beschlüsse

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Zu den Anfragen und Anregungen der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung habe die Verwaltung die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben.

Zur Anfrage von Herrn Holtel zum Ausfall der Peitschlaternen teilt Herr Dr. Kratzsch mit, dass sich diese Lampen auf einer Kreisstraße befinden. Auf Wunsch der Stadt Rheine, habe der Kreis Steinfurt diese Laternen aufgestellt. Man habe sich jedoch nicht über Unterhaltung, Instandsetzung und Stromkosten verständigt. Derzeit würden diese Lampen über das Stromnetz der Stadt Rheine versorgt. Eine vertragliche Grundlage werde zurzeit mit dem Kreis Steinfurt erarbeitet. Eine Demontage der Peitschenlaternen sei nicht beabsichtigt. Anders sehe es jedoch bei den defekten Solarlampen aus. Hierzu werde die Verwaltung in einer der nächsten Bau- und Betriebsausschusssitzung ein Vorlage/Info erstellen.

Herr Hemelt bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Ortel zur Planungssicherheit für Kinder- und Jugendorganisationen und bittet die Verwaltung, wie auch in der Ratssitzung am 14.12.2005, eine Liste zu erstellen, aus der die Landeskürzungen sowie die Auswirkungen für das Angebot der Stadt Rheine ersichtlich sind.

Frau Ehrenberg teilt hierzu mit, dass es Verlautbarungen der Landesregierung gebe, jedoch noch keine festen Daten oder einen verabschiedeten Haushalt. Die Anfrage liege vor und werde beantwortet, sobald die Landesregierung hierzu entsprechende Informationen bekannt gibt.

Tonbandfundstelle: I/A/0770

3. Informationen

3 a. Widersprüche gegen die Grundsteuerbescheide

Herr Lützkemeier verweist die vorliegende Tischvorlage und erläutert das weitere Verfahren.

Herr Niehues fragt, ob es möglich sei, nach einer positiven Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, alle Grundbesitzeigentümer in den Stand zu setzen als hätten sie Widerspruch gegen den Grundsteuerbescheid eingelegt. Ausfluss dieser Maßnahme wäre geringerer Aufwand bei der Verwaltung, der Finanzverwaltung und beim Bürger. Des Weiteren würde die Bildung einer Zweiklassengesellschaft entgegengewirkt.

Herr Lützkemeier ist der Meinung, dass über diese Frage erst entschieden werden könne, wenn Erkenntnisse zum anhängigen Verfahren vorliegen. Im Übrigen müsse man bedenken, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht alle Grundeigentümer und jedem Grundsteuerbescheid betreffe. Sobald die Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht getroffen sei, gelte sie ab diesem Zeitpunkt für all diese Fälle. Ob und inwieweit die Entscheidung rückwirkend gelte, müsse vom Bundesverfassungsgericht ebenfalls geklärt werden.

Herr Dr. Janning schließt sich der Wortmeldung von Herrn Lützkemeier an und erklärt, dass die Verwaltung die Zahlungspflicht nicht aussetzen solle. Der Grundeigentümer müsse also zahlen. Es gehe nun um die Frage, ob beim Obsiegen der Kläger die entrichtete Steuer an alle oder nur an diejenigen, die erfolgreich Rechtsmittel eingelegt hatten, zurückgezahlt werden müsse. Sollte also das Bundesverfassungsgericht wider Erwarten eine Verfassungswidrigkeit feststellen, müsse von der Verwaltung die Gruppe bestimmt werden, die von der Entscheidung begünstigt würden. Hier sei mit Abgrenzungsproblemen zu rechnen.

Hinzu komme, dass die meisten Urteile zur Verfassungswidrigkeit von Abgabennormen nur ex nunc, also nur ab jetzt und nicht für die Vergangenheit gelten würden. Insoweit schätze er die Gefahr gering ein, dass die Widerspruchsführer von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes profitieren könnten.

3 b. Einsturzgefahr von städtischen Gebäuden durch Schneemassen Fall: Bad Reichenhall

Herr Dr. Kratzsch nimmt Bezug auf den Halleneinsturz in Bad Reichenhall und informiert, dass die Stadt Rheine kein Gebäude unterhält, welches eine solche Konstruktion aufweise. Er weist darauf hin, dass nicht die Bauordnung sondern der Bauherr allgemein für die Prüfung und Unterhaltung des Gebäudes zuständig sei. Dies sei vom zuständigen Minister Herrn Wittke, durch die Ablehnung eines allgemeinen BauTÜVs bestätigt. Lediglich bei Fertigstellung werde eine Bauabnahme durchgeführt. Die Stadt Rheine sei somit in ihrer Rolle als Bauherrin über 33 städtischen Hallen betroffen, die unterschiedlichste Dachkonstruktionen aufweisen würden. Unter anderem seien Holzleimbinder, Holzfachbinder, Stahlfachwerkbinder sowie Stahlbetondecken oder Stahlbetonträger verbaut worden.

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass es bei einer Dachkonstruktion mit Holzleimbändern in Dülmen zu einem Horizontalriss gekommen sei und erklärt die Ursache. Aufgrund dieses Vorfalles habe sich die Stadt Rheine dazu entschlossen ein Untersuchungsprogramm zusammen mit einem Statiker zu beginnen. Nachdem die Ergebnisse vorliegen, würde im zuständigen Fachausschuss darüber berichtet.

3 c. Personalkostenüberschreitung im Schulbereich in Höhe von 85.000 € - Anfrage von Herrn Holtel in der Ratssitzung vom 14. Dezember 2005

Herr Hermeling bezieht sich auf die o. g. Anfrage und teilt mit, dass diese Kostenüberschreitung durch die Übernahme von Auszubildenden (40.000 €), durch die Vertretung von städtischen Reinigungskräften (35.500 €) sowie weiterer kleinerer Positionen entstanden sei.

Tonbandfundstelle: I/A/1950

4. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass keine Eingaben an den Rat bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss vorliegen.

Tonbandfundstelle: I/A/1960

5. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

6. Anfragen und Anregungen

Tonbandfundstelle: I/A/1975

**6 a. Resolutionsantrag der SPD-Fraktion zu folgenden Themen:
- Familienzentren
- geplante Kürzungen im GTK Bereich**

Herr Hemelt erläutert den o. g. Resolutionsantrag und den beantragten Beratungsablauf.

Der Resolutionsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Tonbandfundstelle: I/A/2260

6 b. Sporthallenbau des TV Mesum – Anfrage von Herrn Roscher

Herr Roscher bezieht sich auf den Sporthallenbau des TV Mesum. In Mesum würde berichtet, dass der Sporthallenbau aufgrund von neuen Forderungen seitens der Stadtverwaltung Rheine scheitern werde. Er bittet die Verwaltung bis zur nächsten Sportausschusssitzung am 14. Februar 2006 zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

- Hat die Verwaltung „neue“ Forderungen gestellt?
- Wenn dies zutrifft, warum wurden diese nicht während der Beratungen in den Fachausschüssen thematisiert?
- Gibt es Deckungsvorschläge für die finanzielle Mehrbelastung durch die Verwaltung?
- Wann kann der TV Mesum mit dem Hallenbau starten?

Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Ende des öffentlichen Teils: 17:30 Uhr